



## Friedliche und inklusive Gesellschaften

Mit SDG 16 haben die Staaten in der Agenda 2030 die üblichen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft und Umwelt) um Aspekte des Friedens und der Rechtstaatlichkeit ergänzt. Die breite Palette der Themen zielt unter anderem darauf ab, alle Formen von Gewalt zu verringern, insbesondere gegenüber Kindern, die Rechtstaatlichkeit zu fördern, illegale Finanz- und Waffenströme und die Korruption zu reduzieren, die partizipatorische Entscheidungsfindung auf allen Ebenen zu ermöglichen und den öffentlichen Zugang zu Informationen zu gewährleisten. Die Zielvorgaben sind allerdings überwiegend sehr allgemein formuliert und enthalten keine konkreten Aussagen über die Mittel zu ihrer Umsetzung. Das macht es schwer zu überprüfen, ob die Regierungen bei der Verwirklichung von SDG 16 Fortschritte gemacht haben. Fest steht zur Halbzeit der Umsetzung von SDG 16 jedenfalls, dass kriegerische Konflikte und Militärausgaben zugenommen haben, autoritäre Regime auf dem Vormarsch sind und weiterhin schwache Institutionen, mangelnde demokratische Teilhabe und der begrenzte Zugang zu rechtstaatlichen Institutionen die Verwirklichung der Agenda 2030 in ihrer Gesamtheit gefährden.

### Keine Trendwende bei der Verringerung von Gewalt

Die Zahl gewaltsamer Konflikte ist weltweit im Jahr 2022 auf 216 gestiegen.<sup>1</sup> Zwei Milliarden Menschen, ein Viertel der Weltbevölkerung, lebt in von Konflikten betroffenen Gebieten.<sup>2</sup> Sie erstrecken sich über alle Weltregionen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte 2022 62 gewaltsame Konflikte in Asien und Ozeanien, 59 in Subsahara-Afrika, 44 in Amerika, 34 in Westasien, Nordafrika und Afghanistan und 17 in Europa.<sup>3</sup>

Mit den Konflikten ist auch die Anzahl gewaltsamer Vertreibungen gestiegen. Mitte 2022 waren über 100 Millionen Menschen gewaltsam

1 Heidelberg Institute for International Conflict Research (2023), S. 17.

2 UN Secretary-General (2023), Pkt. 44.

3 Heidelberg Institute for International Conflict Research (2023), S. 20.

vertrieben, mehr als doppelt so viele wie noch zehn Jahre zuvor.<sup>4</sup> Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat eine der größten Flüchtlingskrisen seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. Bis Ende 2022 waren 5,9 Millionen Menschen durch den Krieg innerhalb des Landes vertrieben worden, fast 5,7 Millionen Ukrainer\*innen haben das Land als Flüchtlinge oder Asylsuchende verlassen.<sup>5</sup> 87 Prozent von ihnen waren Frauen und Kinder. Ihre Zahl ist bis Mitte 2023 auf 7,3 Millionen weiter gestiegen.<sup>6</sup>

2021 wurden etwa 457.000 Menschen weltweit Opfer von Tötungsdelikten, die höchste Zahl in den letzten 20 Jahren.<sup>7</sup> Die Vereinten Nationen führen das teilweise auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-bedingten Beschränkungen sowie die Eskalation der bandenmäßigen und soziopolitischen Gewalt zurück. Die globale Homizidrate blieb gegenüber 2015 fast unverändert, die in SDG 16.1 angestrebte „deutliche Reduzierung“ bis 2030 ist nicht in Sicht.

Gewalt macht vor niemandem Halt, auch nicht vor Kindern. Im Zeitraum von 2014 bis 2022 waren in 75 Ländern 8 von 10 Kindern im Alter zwischen 1 und 14 Jahren zu Hause Formen von psychischer Aggression und/oder körperlicher Bestrafung ausgesetzt. Problematisch ist, dass in nur 55 Ländern international vergleichbare Daten über sexuelle Gewalt gegen Mädchen und nur in 12 Ländern über Jungen vorliegen.<sup>8</sup> Die Dunkelziffer ist daher hoch.

## Kriege verhindern die Verwirklichung aller SDGs

Die offizielle Zahl ziviler Opfer von bewaffneten Konflikten wurde 2022 mit 16.988 angegeben.<sup>9</sup> Das war ein Anstieg um 53 Prozent gegenüber 2021, hauptsächlich infolge des Krieges in der **Ukraine**, auf den 40 Prozent der Opfer entfielen. Der Krieg verursacht nicht nur unermessliches Leid und zehntausende von militärischen und zivilen Opfern, seine geopolitischen und ökonomischen Folgen beeinträchtigen inzwischen die (Über-)Lebensbedingungen großer Teile der Menschheit. Am deutlichsten zu spüren ist das bei der Ernährungssicherheit und der Energieversorgung. Die Weltmarktpreise stiegen 2022 auf Rekordniveau und lösten eine Inflationsspirale mit massiven Folgen aus. Die Vereinten Nationen warnen vor der bislang schwersten Krise der Lebenshaltungskosten in diesem Jahrhundert (s. SDG 2).

---

4 UN Secretary-General (2023), Pkt. 44.

5 <https://reporting.unhcr.org/operational/situations/ukraine-situation>

6 Ebd.

7 UN Secretary-General (2023), Pkt. 44.

8 Ebd.

9 Ebd.

Der Ukrainekrieg ist aber bei weitem nicht der einzige Krieg in der Welt. 2022 gab es weltweit 21 Kriege und weitere 21 begrenzte Kriege.<sup>10</sup> Konfliktherde lagen unter anderem in Afghanistan, Syrien, Myanmar, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Mali, Sudan, Südsudan, Äthiopien sowie im Jemen.

Im **Jemen** wütet seit 2015 ein Krieg zwischen der vom Iran unterstützten Huthi-Miliz auf der einen und dem von Saudi-Arabien und anderen unterstützten Regime auf der anderen Seite. Der Jemen befindet sich dadurch in der weltweit größten humanitären Krise.<sup>11</sup> 24,1 Millionen Menschen – 80 Prozent der Bevölkerung – benötigen humanitäre Hilfe und Schutz. Mehr als 14 Millionen Menschen sind in akuter Not, und mehr als drei Millionen Menschen wurden seit 2015 aus ihren Häusern vertrieben. Der Zusammenbruch der öffentlichen Einrichtungen, die für die Gesundheitsversorgung, die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die Bildung zuständig sind, hat die ohnehin schon katastrophale Lage noch verschlimmert. 58 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut.<sup>12</sup>

In **Afghanistan** verschlechterte sich seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 die humanitäre Lage und die Menschenrechtssituation, insbesondere für Frauen und Mädchen, dramatisch. Frauen werden systematisch aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen. Dazu wird ihnen nur eingeschränkt Zugang zu Gesundheitsdiensten, zur Justiz und humanitären Hilfe gewährt. UN Women stellt fest, dass dadurch rund 11,8 Millionen Frauen und Mädchen keinen Zugang mehr zu lebensnotwendiger Unterstützung erhalten.<sup>13</sup> Millionen von Afghanen\*innen wurden vertrieben und sind auf der Suche nach Zuflucht. Ende 2022 verzeichnete UNHCR 5,2 Million Flüchtlinge und Asylsuchende, davon 23 Prozent Frauen und 47 Prozent Kinder, sowie 3,3 Millionen innerhalb des Landes Vertriebene, davon 21 Prozent Frauen und 58 Prozent Kinder.<sup>14</sup>

Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass die Welt sich immer weiter weg bewegt von einem friedlichen Miteinander. Dies stellt auch der vom Institute for Economics and Peace in Sydney erstellte Weltfriedensindex (**Global Peace Index, GPI**) fest.<sup>15</sup> Durchschnittlich verschlechterte sich 2023 das mit diesem Index ermittelte Niveau der globalen Friedfertigkeit (*level of peacefulness*) um 0,4 Prozent. Von den insgesamt 23 Indikatoren des GPI haben sich 11 verschlechtert, am stärksten betroffen waren unter

---

10 Heidelberg Institute for International Conflict Research (2023), S. 16ff.

11 <https://yemen.un.org/en/about/about-the-un>

12 Ebd.

13 <https://unwomen.de/afghanistan/>

14 <https://reporting.unhcr.org/operational/situations/afghanistan-situation>

15 Institute for Economics & Peace (2023)

anderem die Indikatoren über ausgetragene externe Konflikte, Todesfälle durch interne Konflikte und politische Instabilität. Dem GPI 2023 zufolge hat die globale Friedfertigkeit in den letzten 15 Jahren abgenommen. Zugleich wächst die Kluft zwischen den friedlichsten und den am wenigsten friedlichen Ländern. Seit 2008 gilt Island als das friedlichste Land der Welt, gefolgt von Dänemark, Irland, Neuseeland und Österreich. Afghanistan belegt das fünfte Jahr in Folge den letzten Platz der 163 Länder umfassenden Rangliste. Jemen, Syrien, der Südsudan, die Demokratische Republik Kongo und Russland folgen auf den hintersten Plätzen. Deutschland liegt in dieser Rangliste auf Platz 15.<sup>16</sup>

Das Institute for Economics and Peace weist darauf hin, dass Kriege und Konflikte nicht nur humanitäre und soziale Folgen haben, sondern in erheblichem Umfang auch ökonomische Kosten verursachen.<sup>17</sup> Es schätzt die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt, definiert als „die Ausgaben und wirtschaftlichen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Eindämmung, Verhütung und Bewältigung der Folgen von Gewalt“, auf 17,5 Billionen US-Dollar (2022).<sup>18</sup> Das entsprach 12,9 Prozent des globalen BIP in diesem Jahr. Diese Zahl umfasst die direkten Kosten, indirekten Kosten und Multiplikatoreffekte. Sie ist damit wesentlich höher als der Wert der weltweiten Militärausgaben, wie ihn das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) ermittelt.

### **Militärausgaben auf historischem Höchststand**

Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr 2022 eine neue historische Höchstmarke erreicht. Sie stiegen auf 2.240 Milliarden US-Dollar, oder 2,2 Prozent des Welt-BIP.<sup>19</sup> Das bedeutete nochmals eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um real 3,7 Prozent, in Europa infolge des Ukrainekrieges sogar um 13 Prozent. In Afrika gingen die Militärausgaben dagegen um 5,3 Prozent zurück. Zwischen 2013 und 2022 stiegen die Ausgaben weltweit real um 19 Prozent, in Deutschland sogar um 33 Prozent.<sup>20</sup>

Zum Vergleich: Für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung gaben die OECD-Länder im Jahr 2022 204 Milliarden US-Dollar aus, also weniger als ein Zehntel der Militärausgaben (vgl. dazu auch SDG 17).

---

16 Ebd., S. 8.

17 Ebd., S. 34ff.

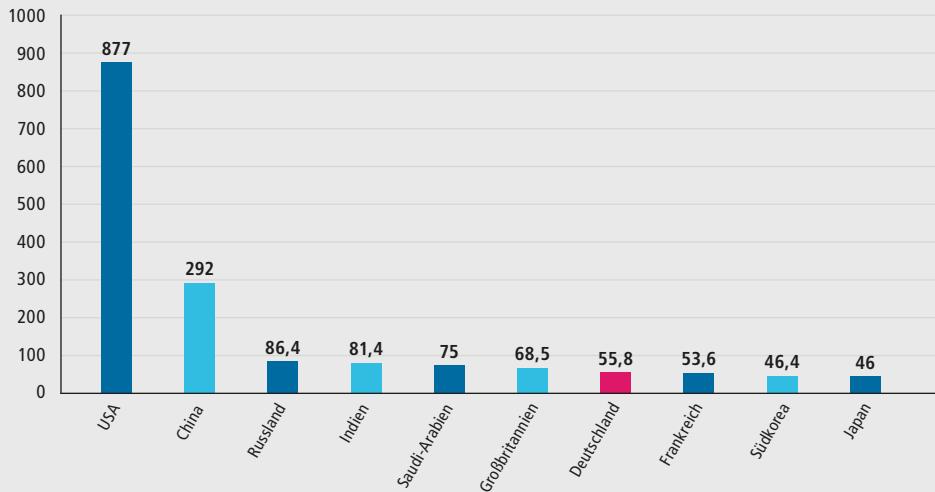
18 Ebd., S. 35. Wert in Kaufkraftparitäten. Kaufkraftparitäten geben an, wie viele Währungseinheiten eine bestimmte Menge von Waren und Dienstleistungen in unterschiedlichen Staaten kostet. Sie werden verwendet, um gesamtwirtschaftliche Größen in eine einheitliche Währung umzurechnen und damit international vergleichbar zu machen.

19 SIPRI (2023)

20 Ebd., S. 2.

## Abbildung 16.1

## Die zehn Länder mit den höchsten Militärausgaben 2022 (in US-Dollar)



Quelle: SIPRI (2023)

Der politische Druck zur weiteren Steigerung der Militärausgaben ist nicht zuletzt infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine hoch. Als Reaktion haben die NATO-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, ihre Selbstverpflichtung bekräftigt, die Militärausgaben auf 2 Prozent ihres BIP zu steigern und mindestens 20 Prozent ihres Verteidigungsbudgets für militärische Ausrüstung aufzuwenden. Deutschland zählte bereits 2022 zu den zehn Ländern mit den weltweit höchsten Militärausgaben (siehe Abbildung 16.1).

In Deutschland sollen mit der Einrichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren 2 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt werden.<sup>21</sup> Nach Einschätzung von Bundeskanzler Olaf Scholz markiert das Gesetz zur Einrichtung dieses Sondervermögens, „die weitreichendste Wende in der deutschen Sicherheitspolitik seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955.“<sup>22</sup>

21 [https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Bundeshaushalt/Sondervermoegen-Bundeswehr/sondervermoegen-bundeswehr.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/Sondervermoegen-Bundeswehr/sondervermoegen-bundeswehr.html)

22 Scholz (2022)

In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich die Parteien der Ampelkoalition 2021 noch auf eine Verknüpfung der Steigerungen von Verteidigungs- und Entwicklungsetat verständigt. Sie erklärten damals:

„Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP [Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik] und Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“<sup>23</sup>

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2024 und dem Finanzplan 2023 bis 2027 hat sich die Bundesregierung von dieser Zusage verabschiedet. Während der Verteidigungshaushalt (ohne Sondervermögen) von 50,1 Milliarden Euro 2024 auf 51,9 Milliarden Euro 2027 steigen soll, soll der Etat des BMZ von 12,2 Milliarden Euro 2024 auf 10,4 Milliarden Euro 2027 gekürzt werden.<sup>24</sup>

### Deutsche Rüstungsexporte massiv gestiegen

Ein problematischer Trend zeigt sich auch bei den Rüstungsexporten, gerade wenn sie in Konfliktregionen gehen. Die Importe von Großwaffen durch europäische Staaten stiegen nach Berechnungen von SIPRI zwischen 2013–17 und 2018–22 um 47 Prozent, während der Umfang des internationalen Waffenhandels um 5,1 Prozent sank.<sup>25</sup> Die Waffeneinfuhren gingen insgesamt in Afrika (–40 Prozent), Amerika (–21 Prozent), Asien und Ozeanien (–7,5 Prozent) und im Nahen Osten (–8,8 Prozent) zurück, während die Einfuhren nach Ostasien und in bestimmte Spannungsgebiete dagegen stark anstiegen. Der Anteil der USA an den weltweiten Waffenexporten stieg von 33 auf 40 Prozent, während der Anteil Russlands von 22 auf 16 Prozent sank. Der SIPRI-Experte Siemon T. Wezeman erklärt das folgendermaßen:

„Es ist wahrscheinlich, dass der Einmarsch in der Ukraine die Waffenexporte Russlands weiter einschränken wird. Dies liegt daran, dass Russland der Versorgung seiner Streitkräfte Vorrang einräumen wird und die Nachfrage aus anderen Staaten aufgrund der Handelssanktionen gegen Russland und des zunehmenden Drucks der USA und ihrer Verbündeten, keine russischen Waffen zu kaufen, gering bleiben wird.“<sup>26</sup>

---

23 SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021), S. 150.

24 Bundesregierung (2023), Anlage 9.

25 Wezeman/Gadon/Wezeman (2023)

26 <https://www.sipri.org/media/press-release/2023/surge-arms-imports-europe-while-us-dominance-global-arms-trade-increases> (Übersetzung JM)

Nur fünf Länder sind für 76 Prozent aller Exporte verantwortlich und teilen einen Großteil des Weltmarktes unter sich auf. Zu ihnen gehört auch Deutschland, das derzeit hinter den USA, Russland, Frankreich und China auf Platz fünf rangiert.<sup>27</sup>

Aus dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung geht hervor, dass Deutschland 2021 den historisch höchsten Genehmigungswert für die Ausfuhr von Rüstungsgütern zu verzeichnen hatte: Im Jahr 2021 wurden Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von rund 9,352 Milliarden Euro erteilt. Im Jahr davor waren es noch 5,824 Milliarden Euro.<sup>28</sup> Zusätzlich wurden im Jahr 2021 Sammelausfuhrgenehmigungen mit einem Gesamtwert von 4,127 Milliarden Euro erteilt, auch dies weit mehr als in den Jahren zuvor.

Nach Auskunft der Bundesregierung beruhte der hohe Wert 2021 unter anderem darauf, dass die Vorgängerregierung großvolumige Genehmigungen für Ägypten im Wert von 4,34 Milliarden Euro für den maritimen Bereich und die Luftverteidigung erteilt hatte. Vom Gesamtwert des Jahres 2021 entfiel nur ein Anteil von 36,4 Prozent auf Genehmigungen für Lieferungen in EU-/NATO- und NATO-gleichgestellte Länder. 63,6 Prozent der Ausfuhrgenehmigungen ging an Drittländer. Neben Ägypten genehmigte die Bundesregierung 2021 den Export von Kriegswaffen außerhalb der NATO an Brasilien, Burkina Faso, Israel, Jordanien, Katar, Kosovo, Pakistan und Singapur.<sup>29</sup>

Nach vorläufigen Zahlen haben die Ausfuhrgenehmigungen 2022 mit 8,36 Milliarden Euro den zweithöchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht.<sup>30</sup> Davon ging über ein Viertel aller Genehmigungen (ca. 2,24 Milliarden Euro) an die Ukraine. Die Bundesregierung betont, dass in diesem Jahr auf Genehmigungen für Lieferungen in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder rund 5,1 Milliarden und damit 61 Prozent entfielen.

Allerdings stehen mittlerweile auch Exporte an NATO-Partner in der Kritik. So berichtete die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden, dass Panzer aus deutscher Produktion von der Türkei in Nordsyrien eingesetzt wurden, und dass Griechenland von Deutschland gelieferte Kriegsschiffe zur Flüchtlingsabwehr in der Ägäis verwendet.<sup>31</sup>

---

27 Wezeman/Gadon/Wezeman (2023), S. 2.

28 BMWK (2022b), S. 9.

29 Ebd., S. 31.

30 <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/01/20230104-ruestungsexportpolitik-der-bundesregierung-im-jahr-2022-partnerlaender-und-ukraine-sind-schwerpunkt-deutscher-ruestungsexporte-in-2021.html>

31 Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (2019)

Die Bundesregierung hat Mitte 2019 neue Politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen, die in einigen Punkten die bisherigen Grundsätze aus dem Jahr 2000 schärfen sollten.<sup>32</sup> Dies ist aus Sicht von Friedensforscher\*innen nur teilweise gelungen. So stellen Max Mutschler (BICC) und Simone Wisotzki (HSFK) in einer gemeinsamen Analyse fest, dass einige Neuerungen zwar in die richtige Richtung wiesen, gerade auch in der Exportkontrolle von Kleinwaffen, doch enthielten die Grundsätze auch Passagen, die sorgenvoll stimmten.<sup>33</sup> Insbesondere Schritte in Richtung verstärkter europäischer Rüstungskoooperation könnten die deutsche Rüstungsexportkontrolle schwächen.

Die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und an andere Länder der arabischen Halbinsel bestätigen diese Befürchtung. Denn die frühere Bundesregierung von Union und SPD hatte die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien unter anderem wegen der Beteiligung am Jemen-Krieg generell gestoppt, aber Ausnahmen für Gemeinschaftsprojekte mit NATO-Partnern wie Frankreich zugelassen. Die Ampelkoalition hat diese Praxis fortgesetzt. 2022 hat sie Lieferung von Rüstungsgütern für 44,2 Millionen Euro nach Saudi-Arabien genehmigt, so viel wie seit 2018 nicht mehr. Daneben erteilte sie auch Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Kuwait, Oman und Bahrain.<sup>34</sup>

## **Bemühungen um eine Neue Agenda für den Frieden**

Angesichts der verschärften Konflikte und geopolitischen Spannungen wird immer deutlicher, dass die Zielvorgaben von SDG 16 nicht ausreichen, um darauf adäquate Antworten liefern zu können.

Der UN-Generalsekretär hat sich aus diesem Grund bereits in seinem Report *Our Common Agenda* 2021 für eine Neue Agenda für den Frieden ausgesprochen.<sup>35</sup> Viele zivilgesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften und Wissenschaftler\*innen unterstützen ihn dabei. So hat zum Beispiel das Olof Palme International Center gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Friedensbüro in einem Report 2022 Vorschläge für ein Konzept Gemeinsamer Sicherheit (Common Security) vorgelegt, das die Grundlage für eine solche Friedensagenda zur Weiterentwicklung von SDG 16 bilden könnte.<sup>36</sup>

---

32 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190626-bundesregierung-beschliesst-politische-grundsaeetze-fuer-ruestungsexporte.html>

33 Wisotzki/Mutschler (2019)

34 [https://www.zeit.de/politik/2023-07/waffenlieferungen-bundesregierung-saudi-arabien-ruestungsbeschaerankungen?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/2023-07/waffenlieferungen-bundesregierung-saudi-arabien-ruestungsbeschaerankungen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

35 UN Secretary-General (2021), Pkt. 88ff.

36 Olaf Palme International Center/International Trade Union Confederation/International Peace Bureau (2022)



Ihre Vorschläge umfassen folgende vier Bereiche:<sup>37</sup>

- » **Die Stärkung der globalen Friedensarchitektur**, einschließlich der Aufwertung der UN-Generalversammlung gegenüber dem UN-Sicherheitsrat und neuer regionaler Initiativen, wie eines Helsinki II-Prozesses für Europa.
- » **Eine neue Friedensdividende** durch die Senkung der Militärausgaben um mindestens 2 Prozent pro Jahr und die Nutzung der eingesparten Mittel für die Finanzierung der SDGs.
- » **Die Wiederbelebung von Abrüstungsinitiativen** und Rüstungskontrollverhandlungen
- » **Das Verbot neuer Waffentechnologien**, wie z.B. autonomer Waffensysteme und Hyperschallraketen und Stärkung der Regeln für die friedliche Nutzung des Weltraums

Der UN-Generalsekretär hat im Juli 2023 seine Vorschläge für eine Neue Agenda für den Frieden präsentiert.<sup>38</sup> Darin appelliert er an die Staaten:

„Ohne einen drastischen Rückgang von Konflikten, Gewalt und der Verbreitung von Waffen wird die Agenda 2030 für einen großen Teil der Menschheit unerreichbar bleiben.“<sup>39</sup>

Aus diesem Grund fordert auch er neue Abrüstungsinitiativen, u. a. mit dem Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen, den Ausbau von Maßnahmen zur Vorbeugung von Konflikten, u. a. an der Schnittstelle von Klima, Frieden und Sicherheit, die Stärkung von Friedensoperationen der Vereinten Nationen und regionaler Organisationen, sowie den Aufbau eines gestärkten Systems kollektiver Sicherheit.<sup>40</sup> Der ambitionierte Plan ist nun, dass die Regierungen in den folgenden 12 Monaten über diese Vorschläge verhandeln und bis zum Zukunftsgipfel der UN im September 2024 eine Einigung erzielen.

---

37 Sundström/Lindh (2023), S. 20f.

38 <https://dppa.un.org/en/a-new-agenda-for-peace>

39 Ebd., S. 5 (Übersetzung JM).

40 Ebd.